

KAMPAGNE ZUM STOPP WEITERER PRIVATISIERUNGEN

12 Jahre PPP – eine Katastrophe

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) sammelt bis Ende März 2012 Unterschriften gegen weitere »Public Private Partnership« (PPP)-Projekte (auch ÖPP = Öffentlich Private Partnerschaften genannt). Die Aktion richtet sich an Bundesfinanzminister Schäuble.

Von Elisabeth Voß, Berlin ● Überall leidet die öffentliche Hand unter fehlenden Haushaltsmitteln bei gleichzeitig notwendigen Ausgaben. Vor allem Investitionen in bauliche Infrastrukturen sind kaum noch finanzierbar. Da scheinen Partnerschaften mit Privatunternehmen die Rettung zu sein. Die Privaten übernehmen für einen längeren Zeitraum – in der Regel für 30 Jahre – öffentliche Infrastrukturen wie Schulen, Straßen und Brücken, Schwimmbäder, Theater und Veranstaltungshallen, Rathäuser und Gefängnisse.

Um solche PPPs zu fördern, wurde 2008 vom Bundesministerium für Finanzen und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die »Partnerschaften Deutschland – ÖPP Deutschland AG« gegründet – auch als PPP, gemeinsam mit weiteren öffentlichen Stellen und einer Beteiligungsgesellschaft von Privatunternehmen. Sie will »den Markt für wirtschaftliche Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland öffnen« und »dazu beitragen, dass öffentliche Infrastruktur wirtschaftlicher und besser realisiert wird.« Schöne Worte – und wie sieht die Realität aus?

Seit 12 Jahren setzen vor allem kramme Kommunen PPP als Finanzierungsinstrument ein. Sie übertragen die Verantwortung für die Sanierung der Gebäude an die Privaten, und zahlen diesen dafür eine Miete. Oft beauftragen die Kommunen die Privatfirmen gleich noch mit weiteren Aufgaben, zum Beispiel die Infrastrukturen auch zu betreiben. Dann haben sie jede Gestaltungsmöglichkeit abgegeben, und sind dem Gewinnstreben der Privaten vollständig ausgeliefert.

Zum Beispiel Schulen im Landkreis Offenburg: Für die Aushandlung der Verträge erhielten Beratungsfirmen und AnwältInnen (BBD, Ernst & Young, Freshfields) viele Millionen und versprachen 18,5% Kosteneinsparung. Dann forderten die Investoren Hochtief und SKE aber wegen angeblicher Mehrkosten höhere Mieten, so dass allein von 2005 bis 2010

die Mieten von 52 auf 73 Mio. Euro stiegen. Über die 15 Jahre Vertragslaufzeit werden um 520 Mio. Euro höhere Mietkosten anfallen als ursprünglich geplant.

Zum Beispiel Autobahn A1 Hamburg-Bremen: Hier wurde der Vertrag vom Bundesverkehrsministerium abgeschlossen. Seit der Investor Billfinger Berger die 72 Kilometer lange Strecke betreibt, wird billig gebaut, die Fahrbahnen sind zu eng, Rettungsgassen für Einsatzfahrzeuge kaum möglich. Statt LKWs umzuleiten, werden sie durch Baustellen gelotet, denn der Investor kassiert die LKW-Maut. Dieser Autobahnabschnitt ist zur unfallreichsten Straße Deutschlands mit vielen Toten geworden.

Zum Beispiel Elbphilharmonie Hamburg: Die Kosten für den öffentlich zu finanzierenden Teil dieses Bauvorhabens, die ursprünglich mit 77 Mio. Euro angesetzt waren, steigen durch immer höhere Nachforderungen des Investors Hochtief – mit dem aktuellen Nachtrag von 180 Mio. Euro werden sie mehr als 500 Mio. Euro höher als geplant. Die Bauarbeiten stagnieren, es wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss gebildet.

Was dem gesunden Menschenverstand wie Betrug erscheint, ist bei PPP gängige Praxis, die durch Geheimverträge legalisiert wird. Erstmals hat der Berliner Wassertisch mit seinem Volksbegehren erzwungen, dass Privatisierungsverträge offen gelegt werden müssen. Normalerweise bekommen nicht einmal die ParlamentarierInnen sie zu sehen, die über solche Verträge abstimmen müssen. So geht die Demokratie verloren und die Leistungen für die BürgerInnen verschlechtern sich, während sich für Investoren, BeraterInnen und JuristInnen sich Riesengeschäfte auftun. Statt der erhofften finanziellen Vorteile enden PPPs für die öffentliche Hand in der Regel als finanzielles Desaster. In den öffentlichen Haushalten tauchen die Kosten der PPPs nicht als Schulden auf, obwohl sie als verdeckte Kreditaufnahme gesehen werden müssen.



Die Rechnungshöfe, die den Umgang mit öffentlichen Mitteln kontrollieren, haben dies bereits mehrfach bemängelt.

Am 3. Januar 2012 lud GiB zur Pressekonferenz ins Deutsche Theater in Berlin. Der Privatisierungsexperte Werner Rügemer stellte beispielhaft PPP-Projekte vor, die ver.di-Gewerkschafterin Renate Sternatz wies unter anderem auf den PPP-Innovationspreis hin, der zum Beispiel 2007 an die Hamburger Elbphilharmonie vergeben wurde. Carl Wassmuth von GiB stellte die Kampagne vor, mit der Herr Schäuble aufgefordert wird:

- »legen Sie die bisherige Verschuldung durch PPP offen,
- stoppen sie die laufenden PPP-Vorhaben,
- lösen sie die PPP-Werbeagentur Partnerschaften Deutschland AG ersatzlos auf,
- schließen sie die deutschen Schattenhaushalte!«

Liebe CONTRASTE-LeserInnen,

bitte unterstützt die Kampagne von GiB und unterschreibt den Aufruf zum Stopp von PPP hier: <http://gemeingut.org>

Anzeige

Solidarität ist unsere stärkste Waffe!

Rote Hilfe

zentrales spendenkonto: rote hilfe e.v., konto 181 100 462, postbank dortmund, Nr 440 100 46

kontakt: rote hilfe bundesgeschäftsstelle, postfach 3255, 37022 göttingen, fon: (0551) 770 8009, fax: (0551) 770 8009

www.rote-hilfe.de